Deutsches Montags-Blatt.

Chef-Redacteur: Arthur Levysohn in Berlin. Verlag von Rudolf Mosse in Berlin-Leipzig. Berlin, 8. Dezember 1884.

Nr. 49. VIII. Jahrg.

Inhalt: Spezialtelegramme. — Informationen. — Politische Wochenschau. Von Arthur Levysohn. — Vom europäischen Geldmarkt. Von Max Neustädter. — Mazzini und die freie philosophische Forschung. Von Karl Blind. — Italiens neues Doppelestrich. Von Günther von Freiberg. — Von Weihnachts-Büchertisch: Wolff — Ebers — Redwitz. Von Fritz Kirchberg. — Die moderne Baukunst und das Ideal. Von Otto Neumann-Hofer: Collaboration. — Musikalische Glossen. Von Alexander Moszkowski: Schriften einer Excellenz. — Die Holzsammler. Von H. Büttinger. — Bildende Kunst. Von Bruno Meyer: Die Gedächtnis-Ausstellung in der National-Galerie. — Gesellschaftliche Strafverdrängen. Von R. Wilh: „Das Reinmachen." — Et cetera. — Abonnementspreis 2 Mk. 50 Pf. pro Quartal. — Insertionspreis pro Zeile 40 Pf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Sonntags-Telegramme.

Hm. Wien, 7. Dezember, 11 Uhr 56 Minuten. Die hochoffiziöse „Montagsrevue" sagt in einer Besprechung der Situation, in der sich das Ministerium Ferry der Kammer gegenüber befindet, daß es zur Ruhe Europas und zum Heile Frankreichs doch endlich einmal eine Regierung geben müsse, welche den ewigen Reformbestrebungen der unzufriedenen Elemente ein entschiedenes Veto entgegenzusetzen den Muth und die Kraft habe. Das inspirirte Blatt räth der französischen Regierung, dem widerstrebenden Theile der Kammer, sowie den unausgesetzten Bemühungen der antiministeriellen Opposition, die Volksstimmung zu verderben, Gleichgiltigkeit entgegenzusetzen. Je rückhalloser und energischer die Regierung dies thue, desto weniger hätte sie eine nachhaltige Einsprache der öffentlichen Meinung zu besorgen, denn in der breiten Masse der Bevölkerung Frankreichs träte das Bedürfniß nach einer gesicherten Rechtsordnung und nach einer zwar freiheitlichen, aber auch starken Regierung täglich fühlbarer hervor.

W.T.B. **London,** 7. Dezember. Der „Observer" meint, daß die den egyptischen Finanzvorschlägen gewordene Aufnahme nicht zu großen Hoffnungen auf eine schließliche Annahme dieser Vorschläge berechtige. [Siehe Informationen.]

E. Rom, 7. Dezember, 10 Uhr 45 Min. Der dem Minister des Aeußern nahestehende „Diritto" beschuldigt den Finanzminister neuerdings der Verheimlichung latent vorhandener Schulden. Namentlich, so sagt das Blatt, seien vierunddreißig Millionen Lire Passiva im Pensionsfonds und in der Militärkasse vorhanden, so daß das heut zu Tage getretene Defizit thatsächlich neunundsechzig Millionen beträgt. — Heute giebt der Finanzminister Magliani der Kammer sein Finanzexposé. Der „Diritto" verlangt, der Minister solle darin die Unwahrheit seiner Anschuldigungen durch Beweise erhärten.

Hm. Wien, 7. Dezember, 10 Uhr 20 Minuten. Das Klausenburger Blatt „Ellenzek" meldet: Demnächst werden in Siebenbürgen Befestigungsarbeiten in Angriff genommen. In Schäßburg, Maros, Vasarhely und Dees werden halbpermanente Befestigungen errichtet, deren jede 15,000 Mann aufzunehmen geeignet ist.

W.T.B. **Wien,** 7. Dezember. Privatverkehr. Ungarische Kreditaktien 315,00, österreich. Kreditaktien 307,00, Franzosen 308,75, Lombarden 149,75, Galizier 271,00, österr. Papierrente 82,25, 5prozent. ungar. Papierrente 91,55, 4prozent. do. Goldrente 96,70, Marknoten 60,25, Napoleons 9,70½, Wiener Bankverein 105,75, Böhm. Bodenkredit 102,00. Fest.

8. **Frankfurt a. M.,** 7. Dezember, 12 Uhr 50 Min. (Sonntagsbörse). [illegible] Galizier [illegible] Marknoten [illegible], Lombarden 76,75, Gotthardbahn 100,62.

Informationen.

v. P. In der Kongo-Konferenz scheinen jetzt die Tage gekommen zu sein, von denen es heißt, sie gefallen uns nicht, „uns", d. h. den betheiligten Diplomaten. Die gestrige Sitzung der Kommission soll, so viel transpirirt, zu ziemlich unerquicklichen Auseinandersetzungen Veranlassung gegeben haben. Man weiß, daß es sich um die Regelung der internationalen Verhältnisse der Schifffahrt auf dem Kongo handelt, und daß schon in der Subkommission die Geister heftig aufeinandergeplatzt waren, weil England sich energisch weigerte, das für den Kongo angenommene Regime einer internationalen Schifffahrts-Kommission auch auf den Niger ausdehnen zu lassen. Die englischen Bevollmächtigten sehen in dieser Zumuthung eine Beeinträchtigung der Souveränetätsrechte, welche nach ihrer Auffassung der Königin Victoria ausschließlich zustehen. Trotzdem glaubt man nicht, daß es bei dieser puren Abweisung der europäischen Forderung sein Bewenden haben werde; es scheint vielmehr, daß man den englischen Bevollmächtigten unter der Hand zu verstehen gegeben habe, daß die Lösung der egyptischen Schwierigkeiten, unter denen das Kabinet von St. James seufzt, von der Art seines Entgegenkommens in der Niger-Affaire abhängig bliebe. Man wird ohne Zweifel in London verstehen, wie hoch man das Entgegenkommen der Kontinentalmächte in der egyptischen Frage zu bewerthen hat, und wird wohl einen Ausweg finden, welcher die englischen Souveränetätsrechte am Niger wahrt, gleichzeitig aber den Ansprüchen Europas bis zu einem gewissen Grade gerecht wird und somit auch dem Kabinet Gladstone gestattet, sich mit Ehren aus der egyptischen Sackgasse heraus zu ziehen. An der inneren Verquickung beider Angelegenheiten läßt sich nicht zweifeln; vielleicht, daß ein Vermittelungsvorschlag Aussicht auf Annahme hat, der die Aufgaben, die einer internationalen Niger-Kommission zufallen würden, lediglich den Engländern zuweist, während sie sich herbeilassen, eine alljährlich den Niger bereisende europäische Kontrol-Kommission als letzte Instanz in allen die Nigerschifffahrt betreffenden Fragen anzuerkennen.

*

S. Wie wir erfahren, ist die Einberufung des preußischen Landtages zum 15. Januar in Aussicht genommen. Man spricht von neuen Steuergesetzen, welche dem Landtag, ebenso wie der Etat, bald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden sollen. Doch verlautet noch nichts davon, daß diese neuen Steuervorlagen den Staatsrath vorher passiren sollen.

*

D. In den Kreisen, welche sich mit der Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes beschäftigen, war man bisher verschiedener Ansicht in Bezug auf die Stellung der nach Zahl ihrer Arbeiter nicht versicherungspflichtigen Arbeitgeber zu den Berufsgenossenschaften. Die Industriellen waren ziemlich allgemein der Ansicht, daß die Statuten der neu zu bildenden Berufsgenossenschaften darüber zu entscheiden hätten, ob es solchen Industriellen, welche weniger als 10 Arbeiter beschäftigen und ohne Motoren arbeiten, gestattet sei, im Interesse ihrer Arbeiter den Berufsgenossenschaften beizutreten, jetzt aber hat das Reichs-Versicherungsamt gesprochen, und seine Ansicht schließt die Möglichkeit des Eintritts solcher Industriellen in die Berufsgenossenschaft aus. Auf eine in dieser Angelegenheit ergangene Anfrage ist nämlich die Antwort ergangen, daß Betriebe, welche der Versicherungspflicht nach dem Unfallversicherungsgesetze nicht unterliegen, in eine Berufsgenossenschaft nicht aufgenommen werden können. Es ist nun allerdings unzweifelhaft, daß dem Reichsversicherungsamt nach § 1 Alinea 5 des Gesetzes die Entscheidung in dieser Angelegenheit zusteht, aber wir hoffen, daß mit dieser jetzt vorliegenden Entscheidung die Sache nicht abgeschlossen ist. Denn wenn das Unfallversicherungsgesetz, wie wir annehmen müssen, eine Wohlthat für die Arbeiter, eine Verbesserung ihrer Lage gegenüber den früheren unter dem Haftpflichtgesetz sein soll, so liegt doch sicherlich kein Grund vor, die Arbeiter in kleinen Fabriken prinzipiell davon auszuschließen, soll aber das Unfallversicherungsgesetz eine Wohlthat für die Arbeitgeber sein, weshalb will man die kleinen Industriellen von einer Wohlthat, die man den großen zuwendet, ausschließen, wenn sie sich freiwillig bereit erklären, die damit verbundenen Lasten zu übernehmen.

— Im Oberlichtsaal des Rathhauses tagte am Sonnabend Abend der vom Brandenburgischen Städtetage eingesetzte Ausschuß zur Förderung des kommunalen Sparkassenwesens. Bisher haben von 80 Sparkassen nur 17 ihren Beitritt erklärt, 10 haben die Beschickung zugesagt, aber ihren Beitritt von den am Sonnabend gefaßten Beschlüssen abhängig gemacht, 25 haben eine abwartende Stellung eingenommen, 6 die Betheiligung definitiv abgelehnt, darunter die größte nächst Berlin, die Niederlausitzer Sparkasse, 22 haben gar nicht geantwortet. Das Verbandsstatut wurde darauf angenommen, der Sitz des Verbandes wird darnach Berlin sein. Die Verhandlungen verliefen ziemlich matthezig. Ein Antrag, für die Kommunalsparkassen dieselben Begünstigungen zu verlangen, wie sie die Postsparkassen haben sollen, fand keinen Beifall; statt dessen wurde beschlossen, der Vorstand solle die Interessen der kommunalen Sparkassen gegenüber den Postsparkassen nöthigenfalls auch gegen die gesetzgebenden Faktoren zu wahren bestreben sein. (Was heißt das?) Dann wurde noch ein Nachtrag zum Sparkassenstatut angenommen, betreffend die Uebertragbarkeit der Einlagen. Endlich wurde noch der Vorstand gewählt: Prinz Handjery, Stadtrath Wolff (Berlin), Syndikus Dullo (Brandenburg), Stadtrath Lehmann (Landsberg) und Bürgermeister Zweigert (Guben).

*

N. Der „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" feierte am gestrigen Abend im großen Saale des Englischen Hauses sein fünftes Stiftungsfest. Neben den Mitgliedern des Vereins hatte sich eine große Anzahl von Gästen eingefunden, die sich aus allen den Kreisen aus Kunst, Wissenschaft, Literatur und Parlamenten rekrutirten, welche den Bestrebungen dieses Vereins sympathischen Vorschub leisten. Während der Festtafel toastirte Herr B. W. Vogts, Mitglied des Vereinsvorstandes, auf den Kaiser Wilhelm, Herr Lissauer auf die Gäste. Zu längerer Rede brachte Herr Dr. Jannasch ein Hoch auf eine „ungenannte Persönlichkeit" aus, deren Charakteristik indeß nicht im Zweifel ließ, daß darunter der Fürst Bismarck gemeint sei. In äußerst humorvoller Weise erläuterte Herr Rosenow, der Vorsitzende des Vereins „Tyll Eulenspiegel", die geschmackvoll mit allerlei Anspielungen auf den Verein und seine Ziele ausgestattete Tischkarte. Nach der Tafel erfreuten verschiedene der anwesenden Künstler die Festversammlung durch Gesangsvorträge. Den Schluß des Festes bildete der obligate Ball, der bis tief in den Morgen hinein einen großen Theil der Anwesenden vereinigte.

Politische Wochenschau.

Von Arthur Levysohn.

Es gehört ohne Zweifel mit zu den Besonderheiten eines genialen Staatsmannes, sich, wenn die Umstände es angemessen erscheinen lassen, selbst zu dementiren. Wir haben namentlich bei den großen parlamentarischen Ministern Englands nicht selten Beispiele für diese Handlungsweise erlebt, und auch Fürst Bismarck steht nicht an, Grundsätze, zu denen er sich früher öffentlich bekannte, ebenso öffentlich zu verleugnen, wenn er glaubt, durch ein solches Verfahren dem Gemeinwohl nützen zu können. Noch ist in Aller Gedächtniß der Hohn und der Sarkasmus, den unser Reichskanzler in vollen Kübeln über jene Sammlungen diplomatischer Aktenstücke auszuschütten pflegte, welche in parlamentarisch regierten Ländern den Volksvertretern unter den Namen der Blau-, Roth-, Gelb- oder Grünbücher vorgelegt werden. Fürst Bismarck war schier unerschöpflich in ironischen Wendungen, sobald er auf diese lediglich „in usum delphini" zugestutzten Dokumenten-Veröffentlichungen zu sprechen kam, die er im besten Fall als Einwirkungsmittel auf die öffentliche Meinung gelten ließ, falls ein Krieg in Sicht sei und es sich darum handle, der Volksstimmung durch einen Blick, den man dem Parlament hinter die diplomatischen Coulissen verstatte, Ziel und Richtung in patriotischem Sinne anzuweisen.

Und siehe da — mitten im tiefsten Frieden, da an kriegerische Verwickelungen nicht im Entferntesten zu denken, zu einer Zeit, da Fürst Bismarck eben feierlich erklärte, daß ihm die Mehrheiten unseres Reichstages ebensowenig imponirten, wie ihm einst ganz Europa imponirt habe, kommt derselbe Reichskanzler und überrascht Bundesrath, Parlament und Volk mit einer Sammlung diplomatischer Aktenstücke, welche, frei nach Schillers „Kampf mit dem Drachen", da alle Farben schon vorweg genommen waren, in „ein scheußlich Grau" gekleidet erscheinen. Es ist wahr, daß auch die gleichzeitig hier tagende westafrikanische Konferenz ebenfalls Kenntniß von diesen Erlassen, Depeschen, Rundschreiben und Telegrammen erhalten hat — aber nichts zwang den leitenden Staatsmann, seine Offenherzigkeit auch auf den Reichstag auszudehnen, wenn er nicht das Bedürfniß gefühlt hätte, die Volksvertretung direkt in die labyrinthischen Gänge seiner Kolonialpolitik von A bis Z einzuweihen.

Man wird sich vom parlamentarischen Standpunkte aus zu dieser ebenso unerwarteten als erfreulichen Bekehrung des Kanzlers nur beglückwünschen können, und wenn das französische Sprichwort wahr ist, daß nur immer der erste Schritt Ueberwindung kostet, so wird man auf dieses plötzliche Anschmiegen des Fürsten Bismarck an ihm bisher verhaßt gewesene konstitutionelle Formen sehr wohl die Hoffnung bauen können, daß manche seiner oft in ähnlich scharfer Weise betonten Abneigungen parlamentarischer Natur, sobald die Umstände es erheischen, ebenso schnell in Sympathien werden umgewandelt werden können, als es in diesem Fall mit den Antipathien des leitenden Ministers gegen amtliche Blau-, Grün- oder Gelbbücher nun zu Tage getreten ist.

Man darf die Nothwendigkeit, im Reichstage für die Dampfer-Subventions-Vorlage und für die verschiedenen budgetären Erfordernisse aus Anlaß unserer kolonialen Bestrebungen Stimmung zu machen, mit diesen Veröffentlichungen wohl in ursächlichen Zusammenhang bringen. Aber man wird auch zu der Annahme berechtigt sein, daß gewisse hochpolitische Vorgänge mit der Herausgabe dieser Aktenstücke in Verbindung stehen. Da ist vor Allem ganz besonders auffallend die an Dr. Nachtigal, unsern Reichskommissar für die westafrikanische Küste, gerichtete Instruktion. Die zarte Sorgfalt, welche in diesem Dokument für die etwaigen französischen Vorrechte und Ansprüche zur Schau getragen wird, die Vorsicht, mit der dem Kommissar die Weisung zugeht, jedem Zusammenstoß der Interessen Deutschlands mit denen der Republik sorgsamst auszuweichen, die Schnelligkeit endlich, mit welcher Fürst Bismarck direkt in Paris der Möglichkeit vorbeugt, in einen Konflikt mit Frankreich hinein getrieben zu werden, sobald Nachtigals Meldungen nur die entfernte Möglichkeit eines solchen errathen lassen — Alles das wird den Politikern und Diplomaten nicht wenig zu denken geben.

In Frankreich werden aus diesem Gebaren selbst unsere entschiedensten Gegner Eines anerkennen müssen: die vollkommene Loyalität, mit welcher Fürst Bismarck in diesen Dingen der Republik gegenüber vorgegangen ist, und in England mag man sich innerlich sagen, daß es gut gewesen wäre, eine gleiche Ehrlichkeit in kolonialpolitischen Fragen zu bethätigen, wenigstens seitdem die europäischen Augen bei solchen Anlässen den stolzen Briten ein wenig auf die Finger zu sehen beginnen. Wie dem aber auch sei, es läßt sich nicht leugnen, daß die Art und Weise, in welcher die Politik des deutschen Reiches Frankreich gegenübertritt, von dem aufrichtigen Wunsche eingegeben erscheint, das schier unbesiegbare Mißtrauen der Republik in unsere guten Absichten zu überwinden, und so ist die Aktion am Kameruinflusse und in der Blakrabay jedenfalls auch darauf berechnet, par ricochet, den Friedenszustand Europas dauerhafter zu gestalten.

Was nun die sonstigen kolonialen Herrlichkeiten betrifft, welche uns aus dem Protektorat erwachsen mögen, das Kaiser Wilhelm den Niederlassungen Hamburger und Bremer Kaufleute im westlichen Afrika bewilligte, so wird die lebende Generation sehr wohl daran thun, sich in ihren Erwartungen möglichst skeptisch zu verhalten. Dergleichen Unternehmungen erfordern viel Geduld, ehe sie sich als segenspendend erweisen. Freilich wird es mit der mehr oder minder kargen Staatsunterstützung für solche Strebungen, mit Dampfersubventionen, Dampfbarkassen, Gouvernemen ꝛc. nicht gethan sein, wenn wirklich für die Allgemeinheit aus dieser neuen Kolonialpolitik Ersprießliches hervorgehen soll. Da wird es zunächst darauf ankommen, daß auch der nationale Unternehmungsgeist sich der neu zu erschließenden Gebiete des dunklen Erdtheiles bemächtige, um durch Intelligenz, Fleiß, Ausdauer und Opfer an Kapital sich eine Anwartschaft auf die Schätze des neuen Indiens zu erwerben. In solche spekulative Abenteuer aber wird man sich hüten müssen, durch illusionsreiche Voraussagungen unser Kleinkapital zu verstricken. Der bescheidene Kapitalist, welcher auf regelmäßigen Zinsgenuß angewiesen ist, der keine Spekulation mit langem Athemzuge zu vertragen vermag, der soll füglich die Hand von Unternehmungen lassen, deren Ernteertrag im besten Falle seinen Söhnen und Enkeln zu Theil werden mag. Aber wenn im modernen Staate das „noblesse oblige" auch auf die Aristokratie des Reichthums seine Anwendung finden kann, so wäre hier ein Feld gegeben, wo weitsichtige Spekulation sowohl dem egoistischen Erwerbstriebe als dem nationalen Interesse zu dienen, im Stande ist. Nur wenn die betreffenden Schichten diese Art spekulativen Vorgehens als „Pflicht" anerkennen, wird sich Gedeihliches von dem begonnenen Kolonialstreifzuge erwarten lassen.

Wir wollen jedenfalls hoffen, daß diese neue Kampagne erfreulichere Früchte zeitige, als der selige Kulturkampf für uns unter des Fürsten Bismarck Leitung hervorzubringen vermochte. Sein jüngster Versuch, das glimmende Kulturkampffeuer durch sein entschiedenes Auftreten im Reichstage gegen das Centrum wieder zu hellen Flammen anzufachen, muß als mißglückt betrachtet werden. Selbst die kulturkämpferisch am ehesten zu beeinflussenden Parteien wenden sich allmälig von einer Staatskunst ab, welche sich den Geschicklichkeiten der Kurie ebenso wenig gewachsen zeigt, als sie im Stande war, die parlamentarische Machtstellung des Centrums im Reichstage zu brechen. Hätte der Kanzler den Kulturkampf wirklich als ideellen Feldzug des freien Geistes wider die Hierarchie auffassen wollen, so würde er sicherlich die begeisterte Mitwirkung der gesammten antipäpstlichen Nation nicht zu vermissen gehabt haben. Seitdem man aber im Volke, nach der Entlassung Falks, zu der Erkenntniß gelangt war, daß es dem Fürsten Bismarck gar nicht um einen wirklichen Kulturkampf, sondern lediglich um eine Machtfrage zu thun war, seitdem erlosch das Interesse an einem Streite, in welchem man von einem höheren Standpunkt aus gewisse Härten der Gesetzgebung als Kampfesmittel hatte gutheißen mögen, die man jetzt mitleidsvoll verurtheilt. Somit steht der Reichskanzler ziemlich waffenlos einer Mehrheit des Parlaments gegenüber, die sich um Windthorst schaart und die ihm in kleinen Dingen wenigstens imponirt.

Hierzu eine Beilage.